

Informationen des Österreichischen Solidaritätskomitees
1070 Wien, Stiftgasse 8, Kontakt: oesolkom@gmx.at



Die Pensionen sollen jetzt um 2,1 % erhöht werden. Alle Medien sind voll des Lobes, weil doch die Inflationsrate „nur“ 1,7 % betrage. Auch Tirols Landeshauptmann van Staa gibt sich auf einmal als „Sozialkämpfer“ und fordert gar mehr als 2,1%. Wauuh! Doch die realen Preis- und Tarifsteigerungen liegen weit darüber, nicht nur für Pensionisten.

Lebenshaltungskosten steigen

Täglich steigen die Preise der Lebenshaltung, während Luxusgüter immer billiger werden. Die Preise für Milch (+5%) , Eier (+7%), Brot (+5%), Fleisch (+5 bis 8%), Käse (+7%), Obst und Gemüse (+10 bis 20%) klettern immer weiter in die Höhe. Schon von 1995 (EU-Beitritt) bis Anfang 2007 sind laut Statistik Austria die Preise für Milch, Brot, Rindfleisch oder Eier um 25 bis 34 % gestiegen. Die AK hat errechnet, dass heute eine Durchschnittsfamilie monatlich nur mehr 27 Euro zurücklegen kann. Im Jahr 2000 waren das wenigstens noch 85 Euro monatlich.

„Soziales Gewissen“?

Bekanntlich hat Sozialminister Buchinger Menschen mit wenig(er) Einkommen Lebensmittelunterstützung versprochen. Sehr sozial! Almosen sind das. Ebenso sein ach so großzügiger Sager, dass die Löhne dieses Jahr um 4 % steigen müssten. Ein Hohn bei den obigen Preissteigerungen und bei den Gewinnen, die die Konzerne schreiben. So werden laut AK von 1998 bis 2008 die Gewinne der Unternehmen um 80 % wachsen, die Bruttolöhne (also vor Abzug von Steuern und Abgaben) der ArbeitnehmerInnen aber

nur um 35 %. Selbst laut Angaben der Regierung gibt es in Österreich rund eine Million Menschen, die an oder unter der Armutsgrenze leben, d. h. im Monat mit 815 Euro (760 Euro Ausgleichszulage 14 mal im Jahr) oder mit weniger auskommen müssen.

Später in Pension?

Gleichzeitig trat die Industrie eine Diskussion los, dass man erst mit 67 Jahren die Pension antreten dürfen soll, wie schon in Deutschland. Dabei gibt es ja kaum Arbeit für ältere Menschen und nehmen die gesundheitlichen Probleme im Alter zu. Gleichzeitig drängen viele Firmen die älteren Menschen in die Pension. Schon heute erreichen z.B. Metallarbeiter im Durchschnitt nur ein Lebensalter von 63 Jahren. Wir sollen also arbeiten bis zum Umfallen. Und wenn man die Pension noch erlebt, dann gibt es um 30 bis 50 Prozent weniger Geld als vor der „Reform“. Darüber schweigt sich auch das „soziale Gewissen der SPÖ aus. Früher galt es als Ziel, durch den technischen, wissenschaftlichen und sozialen Fortschritt, ein längeres Leben bei weniger Erwerbsarbeit (Wochen- und Lebensarbeitszeitverkürzung) zu erreichen. Heute wo wir (noch) eine längere Lebenserwartung als früher haben, wird der Masse der Bevölkerung der von ihr erarbeitete Erfolg auch dadurch geraubt, dass der Pensionsantritt hinaufgesetzt werden soll. So wird das frühere Ziel, länger zu leben, fast zur Strafe gemacht. Menschenverachtung ist das!

Invaliditätspension

Nach Ansicht der Wirtschaft gehen auch zu viele Leute in die sog. „Invaliditätspension“. Was tun? Statt die Arbeitsbedingungen zu verbessern, den Stress am Arbeitsplatz zu reduzieren, z.B. durch eine kürzere Arbeitszeit oder früheren Pensionsantritt für alle, wird so getan, als ob alle, die in Invaliditätspension gehen, wenn sie eine solche überhaupt erhalten, Tachinierer wären. Wahr ist, wie aus Statistiken des Sozialministeriums hervorgeht, dass etwa männliche Invaliditätspensionisten 10 Jahre früher sterben als „normale“ Alterspensionisten. Davon aber wollen die Herren Bosse nichts hören. Deshalb wird vorgeschlagen, die Kriterien für den Anspruch einer Invaliditätsrente zu verschärfen. Schwuppdwupp und schon hätten wir weniger Invaliditätspensionisten. Die SPÖVP-Regierung signalisierte Zustimmung zu diesem Vorhaben. Durch Verschärfung der Zugangskriterien werden die Menschen aber nicht gesünder!

MEINL, KOVATS, SIEMENS, HYPO ALPE ADRIA, BAWAG ... NUR SCHWARZE SCHAFE?

Während die Meinl-Anleger die Hälfte des Wertes ihrer Aktien verloren haben, haben die Aushängeschilder der diversen Aktien-Verkaufsaktionen wie z.B. der kristallvermählte Hungertuchnager und Ex-Finanzminister ein garantiertes Millionensalär. Herr Meinl wiederum, dessen Bank laut eigenen Aussagen nichts mit der abgestürzten MEL (Meinl European Land) zu tun hat, ist an den Geschäften der MEL mit den Geldern der Anleger reich geworden. Dass sich Flöttl, Meinl und Grasser schon vor Jahren auf einer Yacht getroffen haben, hat damit natürlich auch nichts zu tun.

Alles ganz legal. Oder doch nicht? Finanzmarktaufsicht (FMA) und Nationalbank prüfen. Das haben sie auch schon bei der Bawag oder bei der Hypo Alpe Adria gemacht. Ergebnis bekannt: die Bawag gehört ausländischen Kapitalisten, der ÖGB ist marod und die Hypo Alpe Adria Chefs blieben ungeschoren.

Siemens und andere Konzerne zuvor, können die jahrelangen Schmiergeldaffären nicht mehr vertuschen. Mirko Kovats, der „Vorzeigesanierer“ steht im Verdacht, Firmen absichtlich in den Konkurs getrieben zu haben. Die Industriellen Taus und Schlaff, die mit Bawag Geld die bulgarische Mobilkom um 800 Millionen kauften und zwei Jahre später um das Doppelte an die Telekom Austria weiter verkauften, scherten sich einen Dreck um den Bawag-Untersuchungsausschuss oder wurden gar nicht vorgeladen.

Milliarden werden geschneitelt und verschoben und die vorhandenen Gesetze ermöglichen dies in der Regel. Wie sagte einer beim Bawag-Prozess: „Das Geld ist nicht weg, es hat nur wer an-

derer“. Viele Medien machten sich über diese Aussage lustig. Aber das ist wahr, und das kapitalistische Wirtschaftssystem, heute gerne mit „Globalisierung“ umschrieben, macht dies erst möglich: Die legale Enteignung der Arbeitenden.

Das geht alles, weil das oberste Prinzip von Staat und Gesellschaft ist: Das Privateigentum ist heilig. Schon Brecht brachte es auf den Punkt: besser, als eine Bank auszurauben, sei, eine Bank zu gründen. Was sich am so genannten Kapitalmarkt abspielt und gerne als Casinokapitalismus bezeichnet wird, ist kein bloßer Auswuchs des Wirtschaftens, sondern das Wesen des kapitalistischen Wirtschaftens. Profit auf Teufel komm heraus, egal was es die Menschen kostet, sei es in Friedenszeiten oder sei es durch Kriege als letzten Ausweg der Profitsicherung.

Am profitträchtigsten und am schnellsten lässt sich Geld mit Geld machen. Mit den von der Masse der Menschen erwirtschafteten Werten, die direkt oder durch staatliche Umverteilung angeeignet werden, arbeitet das Finanzkapital. Es diktiert zunehmend alle anderen Wirtschaftsbereiche, ja zerstört die produktiven Bereiche. Das führt zunehmend zu Kollaps und Krisen in der Wirtschaft. Ausbaden müssen das nicht die Verursacher, die Kapitalisten, sondern die Masse der Menschen. Zuerst bringt uns diese Wirtschaft um einen, unserer wahren Leistung entsprechenden Lohn, dann um den Arbeitsplatz, dann um



Karikatur aus Wiener Zeitung vom 18.9.2007

unsere Ersparnisse und letztlich um unser Leben, wenn wir in der Konkurrenz der Kapitalien und ihrer Staaten an einer Seite in den Krieg ziehen sollen.

Dieses Wirtschaftssystem gehört abgeschafft, bevor es uns abschafft. Es ist der ÖGB-Zeitschrift für die Arbeitswelt („Solidarität“) zuzustimmen, wenn deren Autorin bei den Börsenspekulationen ein „mülmiges Gefühl“ überkommt. Der im Artikel vom ÖGB-Volkswirten aufgezeigte Ausweg, bloß die Börsenumsatzsteuer wieder einzuführen, um Gewinne aus Spekulationen zu besteuern, ist keiner. Selbst wenn so etwas käme, was derzeit ja keine der Parteien anstrebt, was würde es am Wesen von Profitmachen und an den Spekulationen mit seinen fatalen Folgen ändern? Die Steuern aus den Spekulationsgewinnen können die Verluste nicht wettmachen. Wie will man denn z.B. die 20 Milliarden Euro, die im August in nur sechs Wochen futsch waren, wie die „Solidarität“ schreibt, denn besteuern? Profit- und Spekulationsmacherei abschaffen statt besteuern, wäre ein erster Schritt, die Unternehmerwillkür einzuschränken.

ANFRAGE ÜBER DIE HÖHE DER KÜNFTIGEN PENSION



Überwachungsstaat: **WAS WEISS KORINEK, WAS WIR NICHT WISSEN?**

Der Präsident des Verfassungsgerichtshofs (VfGH), Karl Korinek, hat Ende September aufgehört lassen, als er sagte, Österreich erinnere ihn immer mehr an einen Überwachungsstaat.

Wenn der VfGH-Präsident diese Befürchtung im Zusammenhang mit der so genannten „Terror-Bekämpfung“ äußert (ORF-Ö1, 22.9.07), der wohl mehr Einblick in die Aktivitäten des Staates hat als wir „Normalsterblichen“, dann kann man annehmen, dass da bereits mehr läuft, als unsereinem bekannt ist.

Der Aufschrei und die Ablehnung der Korinek-Aussage war groß, besonders aus der ÖVP und dem Innenministerium. Kein Wunder, praktiziert man ja von dort aus schon seit Jahren z.B. den „großen Lauschangriff“ und wälzt Ideen à la USA, die arbeitenden Menschen noch mehr zu überwachen. Etwa durch Aufzeichnung aller Internetaktivitäten (E-Mail-Verkehr) oder durch geheimes Schnüffeln auf PCs, mit einem so genannten „Regierungs-Trojaner“, also einem eigenen, für den PC-Anwender zu Hause nicht erkennbaren Computer-Programm, das sich in den Heim-PC einhängt und alle Aktivitäten verfolgt und abspeichert. Oder: Schon seit Jahren können Innen- und Verteidigungsministerium sogar die Personaldaten von Menschen ohne deren Wissen verwenden, um andere Personen mit Dokumenten auszustatten, um „Aufklärungsaktivitäten“ zu starten.

Was VfGH-Präsident Korinek hier gewollt oder ungewollt andeutet, ist, dass sich der Staatsapparat gegen das eigene Volk rüstet. Offensichtlich fürchten die Herrschenden die Rebellion der arbeitenden Menschen, die ja unter der Oberfläche brodelt. Die Politik soll dagegen Vorbereitungen treffen und die Unterdrückungsinstrumente ausbauen, solange die Konflikte noch nicht offen ausbrechen. Die Umfragen der Herrschenden selbst, sofern sie in die Medien gelangen, zeigen ein Bild der hohen Unzufriedenheit in der Bevölkerung. So lehnt ein Drittel der Österreicher in einer Umfrage eindeutig den Kapitalismus („Marktwirtschaft“) ab. Das Vertrauen in die

Institutionen, die Manger, Bosse, Spitzen-Gewerkschaftsvertreter und Politiker ist im Keller. Ebenso der von der AK erhobene so genannte „Arbeitsklima-Index“, d.h. die Situation am Arbeitsplatz bzw. Arbeitsmarkt wird immer unerträglicher.

Überwachung soll der Rebellion vorbeugen

Doch statt die Ursachen der Unzufriedenheit zu bekämpfen, die Unternehmer mit ihrer Profitwirtschaft, werden die Unternehmerfreiheiten immer mehr ausgebaut, dem Profitmachen auf Kosten der ArbeitnehmerInnen immer mehr die Tore geöffnet und werden bei den ArbeitnehmerInnen die Dauerschrauben angesetzt. Nicht nur bei der Überwachung, sondern im täglichen Leben: Immer schlechtere Chancen, einen Arbeitsplatz zu finden oder sich dauernd verschlechternde Arbeitsbedingungen (weniger Geld, länger und auf Abruf arbeiten), zu denen auch der ÖGB als Teil der „Sozialpartner“ aktiv beiträgt (siehe letzte ÖSK-Zeitung), zu wenig Kinderbetreuungspunkte, steigende Preise und Tarife wie schon lange nicht mehr (Lebensmittel, Auto), Angst bei Krankheit zu Hause zu bleiben und damit den Job zu riskieren, während die arbeitenden Menschen immer mehr unter Druck stehen, im Betrieb schon immer und nunmehr auch staatlich noch mehr bespitzelt werden sollen, dürfen die diversen „Wirtschaftstreibenden“ unkontrolliert frei herumlaufen und den Menschen z.B. durch Nichtbezahlung von Sozialabgaben, Steuerhinterziehung, Aktienspekulationen, einseitigen Preiserhöhungen usw. das Geld ganz legal aus der Tasche ziehen.

Hetze gegen Andersdenkende, Aufbau der Rechten

Auch am „rechten Aug“ ist man blind und wird bewusst verharmlost, wenn man etwa Waffenlager aushebt und dann verniedlichend von „Waffennarren“ spricht (siehe weiter unten).

Als Vorwand für die zunehmende Überwachung dient der angeb-

liche „Schutz vor Terrorismus“. Und just rund um den 6. Jahrestag des 11.9.2001 präsentierte Innenminister Platter einen Erfolg in der Terrorfahndung, der belegen sollte, wie gefährdet auch Österreich sei. Selbst unsere Medien mussten feststellen, dass da einiges von der Polizei übertrieben wurde. Und so bleibt tatsächlich, dass die „Angst vor dem Islam-Terror“ usw. erst recht geschürt wird, um eine Handhabe zu haben, flächendeckende Kontrolle und Schnüffelei zu verstärken und unser Land noch mehr in die auch von der EU betriebene Aufrüstung von Polizei und Militarisierung anzuschließen.

Der „rechte Rand“ - höchst aktiv

Dabei ist der drohende „Überwachungsstaat“, wie VfGH-Präsident Korinek zurecht befürchtet, gleichzeitig auf dem rechten Auge blind. So erschien unlängst eine Untersuchung in Buchform mit dem Titel: „Der rechte Rand“. Darin wird zwar einerseits ausgeführt, dass es in Österreich derzeit keine eindeutige rechte Szene gäbe. Skinheads seien mitunter gefährlich, aber politisch harmlos. Diese Analyse teilen wir keineswegs. Es gibt genug eindeutig rechte Organisationen, Burschenschaften, „freiheitliche“ Vorfeldorganisationen oder fast ganz offen agierende Neonazi-Vereine, die höchst aktiv sind. So berichtete der Buch-Autor selbst, dass die „rechte Szene“ vor einigen Jahren es geschafft hätte, binnen weniger Stunden Tausende Personen von Vorarlberg nach Oberösterreich umzudirigieren, ohne dass die Polizei dies bemerkte. Oder die wöchentlichen Schlägereien in den Fußballstadien, in denen rechte Trupps agieren. Oder diesen Sommer, als „Randalierer“ beim Feuerwehrfest in Groß-Enzersdorf im Internet ankündigten dieses „platt zu machen“ und die Polizei verharmloste. Oder diverse Aufmärsche von Rechten, die alle von der Polizei „nicht ernst“ bzw. ausdrücklich toleriert werden, oft Gegendemonstranten dann behelligen oder festnehmen.

Das heißt, am „rechten Auge“ sind die Behörden blind! Warum? Weil, diese Rechten im Gedan-

kengut so manchen „Ordnungshütern“ nahe stehen. Und, was noch wichtiger ist, und wie der Faschismus in der Vergangenheit zeigte: das Kapital braucht und unterstützt rechte Parteien, Politiker und Schlägertrupps, um ihre Ideologie, Profitmachen und Kriege zur Erhaltung des Profitmachens, bei den Menschen entweder mit neuen Feindbildern (früher:



Juden, Kommunisten, Tachnierer usw., heute: Moslems, Islam, Ausländer, Schwarze, Arbeitsscheue, Süchtler, Linkslinke ...) oder mit der offenen Verbreitung von Angst und Schrecken, also mit Terror in Worten und in Taten, durchzusetzen zu können.

Rechte Politik wird hoffähig gemacht

Aber zurück zur erwähnten Untersuchung: Betont wird darin, dass die rechte Ideologie in Parteien mehr als früher Platz greift. So wird etwa angeführt, dass NÖ-Landeshauptmann Pröll heute zum Teil eine Politik macht wie früher Haider, oder dass die FPÖ heute weiter rechts stehe als die Haider-FPÖ. Und wir ergänzen: dass, was aus der offiziellen Gesamt-ÖVP zu hören ist, geht auch immer mehr nach rechts. Auch die Politik von SPÖ und Grünen geht insofern nach rechts, als etwa die SPÖ der ÖVP (z.B. Eurofighter, Pensionen, Arbeitszeitflexibilisierung, Abschaffung der Erbschaftsteuer- und der Werbeabgabe, Aufschiebung der Steuerreform usw.) nachgibt, oder die Grünen in ihrer allgemeinen

Politik die ÖVP oder immer mehr die Wirtschaft hofiert. Alle Parteien geben somit den Wirtschaftsinteressen Vorrang vor den Interessen der arbeitenden Menschen. Die FPÖ setzt z.B. voll auf Ausländerhetze, um davon abzulenken, dass nicht die Mitmenschen, sondern die Unternehmer daran Schuld sind, dass es immer weniger Arbeit und Einkommen gibt. Kein Wunder daher, dass auch die FPÖ von der Wirtschaft gesponsert wird, macht sie doch ebenso – nur anders – Politik für die Kapitalisten.

Politik im Interesse der Profite = rechte Politik

Wird alles immer mehr den Profitinteressen der Unternehmer, Bosse, Manager oder Spekulanten untergeordnet, die ja nur eine absolute Minderheit der Bevölkerung darstellen, wird die wirtschaftliche, die soziale und letztlich die politische Demokratie (= das Recht geht vom Volk aus) ausgehöhlt, beschnitten oder abgeschafft. Das ist rechte Politik. Sie ist, wie der Autor des Buches bemerkt, in den letzten Jahren hoffähig und mehr geworden.



Post:

1.500 BRIEFTRÄGER SOLLEN GEKÜNDIGT WERDEN

Der Staat fördert immer mehr und unverblümt die Privatisierung von Dienstleistungen im Interesse der Privatfirmen. Auch bei der Post geht das schon seit Jahren. Den profitablen Telefonsektor hat man schon längst abgespalten und auch den Privaten geöffnet. Bei der Post ist das wegen der Versorgung nicht so einfach, doch auch hier wird die Post Stück um Stück zerschlagen. Jetzt sollen weitere 1.500 Briefträger hinaus geschmissen werden. Dagegen müssen jetzt sogar die Zeitungen eine „kritische Haltung“ einnehmen, weil dabei auch die Bevölkerung immer mehr draufzahlt. (z.B. „Kurier“ 24. 8. 07).

Tatsächlich entledigt sich der Staat immer mehr der Aufgabe, öffentliche Dienste wie Post, Gesundheit, Transport, sicher zu stellen und trifft damit immer die Ärmeren. Selbst den sonst so privatisierungsfreundlichen Medien fällt dies auf und sie kommen nicht umhin, dies zu kritisieren. Allerdings mehr als blauäugig:

Denn dass Private billiger und schneller seien, wie trotzdem immer behauptet wird, gilt in der Regel nur für die Firmen, nicht für die Letztverbraucher. Aber die Firmen sind ja auch die „Lieblinge“ der Medien. Die jetzige Kritik an der Post-Führung durch die Medien ist pure Heuchelei, dient nur dazu, die Leser, und das ist die Bevölkerung, bei Laune zu halten. Denn zuerst wurde die Post und deren Beschäftigten jahrelang medial als „Minderleister“ geprügelt, wurde und wird davon geredet wie „unfähig“ die Post ist usw. Und dann werden jetzt Krokodilstränen vergossen und so getan, als wäre man gegen die Zerschlagung der Post.

Meinten es die Medien ernst, müsste sie die Menschen mobilisieren, indem sie darüber aufklärten, wer die Nutznießer sind und dass „mehr privat, weniger Staat“ immer zu Lasten derjenigen geht, die wenig(er) haben. Denn Privatanbieter picken sich nur die

Rosinen heraus und ist ihnen z. B. die flächendeckende Versorgung egal. So können sie auch leichter schneller sein. Und falls sie eine Gesamtversorgung erledigen, dann verlangen sie erst recht staatliche Subventionen (wie schon in anderen Ländern geschehen, z. B. bei der Bahnprivatisierung). Also zahlt wieder die Allgemeinheit, aber deren Zahlungen wandern in die Taschen Privater, statt allen zugute zu kommen.





WARUM GIBT ES IMMER MEHR KRIEGE AUF DER WELT?

Österreichs Verteidigungsminister Darabos (SPÖ) sagte, so wie sein Vorgänger Platter (ÖVP) schon im Jahr 2004, dass Österreich bei den sog. EU-battle groups (= Schlachtruppen) mitmachen werde und hat darüber hinaus behauptet, dass diese Einsätze nicht der Neutralität widersprechen.

Österreichs EU-Außenkommissarin Ferrero-Waldner präzisierte dazu: Die EU werde ihre geplanten battle groups unter besonderen Umständen auch ohne die Zustimmung des UN-Sicherheitsrats in Einsätze schicken und Österreich solle hier mitwirken. (Standard 11.9.2007) Hier ist das Feigenblatt des UN-Mandats schon gefallen.

Die battle groups sind die neuen EU-Schlachtruppen, kampffähige Einheiten als Teil einer neuen EU-Interventionsarmee! Diese soll im Endausbau insgesamt 60.000 Mann umfassen! Sie soll zu Kriegseinsätzen im Umkreis von 4.000 km rund um die EU in der Lage sein. Diese Armee soll letztlich den EU-Großmächten dazu dienen, Zugang zu Absatzmärkten, Rohstoffquellen und geopolitischen Einfluss in Konkurrenz zur militärisch aggressiven USA zu erreichen. Damit sollen sich auch für den militärisch-industriellen Komplex in Europa immer größere Profite auftun. Die vier größten europäischen Rüstungskonzerne (die britische BAE, die italienische Finmeccanica, der deutsch-französisch-spanische EADS und der französische Thales Konzern) machten 2005 schon 40 Milliarden Euro Umsatz, das ist neuer Rekord.

Österreich: Mitmacher statt Neutralitätshüter

Zu Österreichs Beitrag zu diesen geplanten Kriegen gehören

auch die nun angekauften Eurofighter. Das sind Kampfbomber für offensive globale EU-Militäreinsätze. Das bestätigt auch der Kommandant der Streitkräfte des österreichischen Bundesheeres Günter Höfler: Die Eurofighter dienen dazu, für „Kampfeinsätze im Europäischen Verbund“, mit einem Einsatzradius „Westbalkan bis hinunter nach Afrika, den Nahen Osten und den Kaukasus“ zur Verfügung zu stehen. Dies ist ein klarer Bruch des Staatsvertrages Österreichs und damit wäre die Neutralität ausgelöscht. 80 % der Österreicher sind jedoch nach wie vor für die Beibehaltung der Neutralität! Deswegen geben sich sowohl Darabos und Gusenbauer und ein Teil der ÖVP Spitze nach wie vor als Verteidiger der Neutralität aus, obwohl sie an deren völligen Abschaffung arbeiten! Sie geben unsere Steuermilliarden für die Aufrüstung für die nächsten Kriege aus und wollen uns das Sparen vorschreiben!

Von der Wirtschaftskrise in den Krieg

Die Krise der Supermacht USA macht deren Politik noch gefährlicher! Nach dem Bankrott riesiger US-Konzerne wie Enron und World-Com vor vier Jahren, kam es seit damals immer wieder zu Pleiten. Nun kam es Mitte August 2007 zu dem von manchen Experten schon seit Jahren vorhergesagten weltweiten Börsensturz und bereits zu Bankenpleiten. Anlass war das Platzen der sog. Immobilienblase. Mit den auf Schulden finanzierten Immobilien Kaufboom besicherte die Finanzwelt ihre Geschäfte (faule Kredite). Als die Kredite fällig wurden, platzte die Immobilienblase, der Häuselbauer hatte dann weder Haus noch

Geld. Die direkten Kursverluste aus der US-Immobilienkrise wurden per 17. August 2007 mit ca. 150 Milliarden Dollar beziffert, die Kursverluste an den Weltbörsen, die die Krise ausgelöst haben, dürfte die 1.000 Milliarden Dollar (1 Billion) übersteigen.

Doch diese Entwicklung ist eben nur der Auslöser der Krise. Davor waren die Börsenkurse seit vier Jahren insgesamt geboomt, auf allen großen Finanzmärkten um das Mehrhundertfache. Gründe waren die sog. Deregulierung der Finanzmärkte, die Schaffung immer neuer Spekulationsmöglichkeiten bzw. Instrumente dazu. Die Finanztransaktionen des internationalen Finanzkapitals machen längst das Hundertfache des Bruttoinlandsproduktes der wichtigsten Industrieländer aus. Es werden täglich an den Devisenbörsen 1.900 Milliarden Dollar umgesetzt! Sie stammen u.a. von multinationalen Konzernen, sog. Pensionsfonds und Ölexporteurern. Doch nur mehr maximal 7 % dieses Geldvermögens entspricht tatsächlich vorhandenen Werten! Die Konkurrenz um immer höhere Zinserträge, um immer höhere Profite lässt, lässt den Umfang des Finanzkapitals alle bisherigen Ausmaße sprengen. Einige wenige häufen gigantische Vermögen an, die Bevölkerung zahlt drauf, Menschen werden arbeitslos bzw. verlieren ihr Hab und Gut, Firmen gehen in Konkurs. Bei solchen Crashes wird der Ruf nach Reformen der Bankaufsichten laut, ja der Ruf nach einer (geringen) Besteuerung von Spekulationsgewinnen, doch gegen das internationale Finanzkapital stellt sich letztlich keine Regierung, machen sie doch ihre Politik im Interesse und im Dienste gerade des Kapitals!

Gigantische Schulden

Die US-Wirtschaft ist auf einer gigantischen Pyramide von Schulden aufgebaut. Im Jahr 2005 betrug das US-Handelsdefizit 725 Milliarden Dollar, 17 % höher als 2004, und es steigt weiter. Die US-Auslandsschulden beliefen sich schon 2005 auf gigantische 6.000 Milliarden Dollar! Die USA leben also vom geborgten Geld, letztlich von den Ersparnissen der Welt, zu einem guten Teil von den Milliarden, die Länder wie Deutschland, Frankreich, Japan oder China in den USA in Staatsanleihen und Wertpapiere angelegt haben. Ausländische Zentralbanken sind heute schon Gläubiger von ca. 50 % der gesamten Schulden der USA.

„Die USA finanzieren sich im Ausland. Noch nie hat ein führendes Land hauptsächlich Kredite im Ausland aufgenommen. Und da wir (die Zentralbanken bzw. die großen europäischen Banken und letztlich der Steuerzahler in Europa) die Amerikaner finanziert haben, haben wir auch jetzt den Krach.“ (E. Streissler, einer der bekanntesten österreichischen Ökonomen, Presse 11.8.2007)

Die USA kann sich deswegen ihre Schuldenpolitik leisten, weil sie einerseits auf ihre militärische Stärke setzt. Mit ihrer aggressiven imperialen Politik erobern sie sich immer neue Absatzmärkte, Rohstoffquellen (zuletzt Irak) und Einflussphären (Afghanistan).

Andererseits garantiert ihnen die US-Dollarbindung ans Erdöl ihre Vorherrschaft. (siehe unsere letzte Zeitung, Nr. 91/07). Wenn wichtige Länder die Dollarbindung des Erdöls aufgeben und das Öl z.B. in Euro handeln, führt das laut Experten zu einem Wirtschaftskollaps in den USA! Die USA braucht die Vorherrschaft in der Welt, vor allem im Nahen und mittleren Osten und in Asien, auch und nicht zuletzt, um zu verhindern, dass sich aus diesen und den europäischen Ländern ein von Ihnen unabhängiger Rohstoffmarkt entwickelt. Das, so schrieb der Ökonom Engdahl schon 2004, war die wahre Bedrohung durch Saddam Husseins Politik, der der EU Erdöl für Euro verkaufen wollte, nicht die erfundenen Massenvernichtungswaffen. „Die Zukunft von Amerikas Status als einziger Supermacht hing davon ab, diese Bedrohung des Petrodollars, die vor allem aus Eurasien und den Euroländern kam,

abzuwenden.“ Der Irak wurde mit Krieg überzogen, Saddam Hussein gestürzt. (F.W. Engdahl, Zeit-Fragen 22, 16.6.2003) Das ist also der 2. wichtige Grund warum die USA im Irak bleiben. Das ist auch der Grund, warum die USA das Regime im Iran stürzen wollen und es deshalb mit Krieg bedrohen.

Kriege als Motor der Wirtschaft

Die USA braucht Konflikte, kriegerische Auseinandersetzungen, sie braucht Rüstung und den Krieg, um ihre wirtschaftliche Schwäche wettzumachen, um ihren Konzernen weiter und steigend ungeheuerere Profite zu ermöglichen, auch auf Kosten von Millionen Toten.

Unter dem Titel „Das große Geld mit dem Krieg“ schrieb „die Presse“ am 6.8. 2007 auf Seite 1, dass die USA 2006 ihr bisher höchstes Militärbudget von 529 Milliarden Dollar hatte. Rechnet man dazu, was andere US-Ressorts für Sicherheit und Verteidigung ausgeben, z.B. das Heimatschutzministerium oder das Energieministerium, kommt man auf 987 Milliarden Dollar, berichtet „die Presse“ weiter. Und das alles ist noch ohne die Kosten für den Irak und Afghanistan- Krieg! Inklusiv dieser Kosten sind es geschätzt 1500 Milliarden Dollar pro Jahr. Das hält die amerikanische Wirtschaft am Laufen und die Profite der US-Rüstungskonzerne steigen rasant an! 63% der weltweit 2005 getätigten Militärverkäufe machten die US-Rüstungskonzerne, das waren ca. 210 Milliarden Dollar!

„Die Presse“ weiter: „Die Kriege und die Angst vor neuen Anschlägen sind der Motor unserer Wirtschaft! „Die Presse“ meint das hoffentlich nicht so, aber eigentlich sind diese Zeilen folgendermaßen zu verstehen: Die USA-Wirtschaft braucht Anschläge und Krieg! Wir sind der Auffassung, dass die USA als Vorwand für die Legitimierung ihres aggressiven Expansions- bzw. Kriegskurs eine Feind brauchen, dazu wird heute hauptsächlich der „Islam“ hochstilisiert. Abgesehen davon, dass die mörderische US- Politik , dieser Staatsterrorismus, Gegner dieser Politik heranzüchtet.

Schon lange vor dem Irak-Krieg hieß es 2002 in einem Bericht für das US-Verteidigungsministerium, der dann die Basis für die nationale Sicherheitsstrategie der USA

wurde, dass die USA eine beständigere Rolle in der Golfregion spielen müssen, über die Überwindung des Regimes Saddam Hussein hinaus. Es geht, so das Papier, um den Erhalt der globalen US-Vormachtstellung, die das Aufkommen eines großen Machtrivalen ausschließt. D.h. es geht um Macht, um die Profite der Konzerne zu sichern. Und dafür überzieht die USA die ganze Welt auch mit Kriegen.

Die europäischen Großmächte wollen und müssen in dieser Konkurrenz mithalten – nicht um unsere Sicherheit, unseren Wohlstand usw. zu gewährleisten, sondern um die Profite ihrer Konzerne zu sichern. Sie rüsten ebenfalls für Kriege. Jüngstes Beispiel ist die offene Kriegshetze des französischen Außenministers Kouchner gegen den Iran. Er sagte unlängst, dass sich die Welt auf einen Krieg mit dem Iran einstellen müsse.

Neutralität – wichtiger denn je!

Österreichs Neutralität ist heute wichtiger denn je. Die Erhaltung w. die Verteidigung unserer Neutralität ist ein Beitrag zum Frieden in Europa. Wenn wir bei der EU-Aufrüstungspolitik mitmachen und bei den battle-groups mitmarschieren, werden wir selbst zur Zielscheibe.

Mit dem sogenannten EU-Grundsatzvertrag, der nur eine Neuauflage der vor 2 ½ Jahren gescheiterten EU-Verfassung ist (sie enthält die Aufrüstungsverpflichtung für die EU-Staaten), und im Dezember 2007 ohne die Bevölkerungen zu fragen abgeseinet werden soll, werden wir noch mehr in die Kriegsvorbereitungen der Großmächte hineingezogen. Der EU-Vertrag widerspricht unserer Neutralität und unserer Bundesverfassung. Deshalb soll ja auch – ebenfalls unter Ausschluss der Öffentlichkeit – eine neue österreichische Verfassung beschlossen werden.

Nicht die Eingliederung in die EU der Konzerne und der Militärs, nicht die Kooperation mit der NATO, nicht die Aufgabe der staatlichen Souveränität und Teilnahme an Kriegen, sondern aktive Neutralitätspolitik unseres Landes ist der beste Beitrag zu Sicherheit und Frieden!

(aus: „GewerkschafterInnen gegen Atomenergie und Krieg“, Zwischentitel und ggf. Ergänzungen durch die ÖSK-Redaktion).

GESUNDHEITSSYSTEM: **„DEFIZITE“ ALS PRIVATISIERUNGSVORWAND**

Seit Jahren wird die Sozialversicherung (SV), werden im Besonderen die Krankenkassen krank geredet. Sie verursachen nur ein Defizit. Deshalb müssten wir für unsere Gesundheit noch mehr bezahlen. Und so hat man es auch getan, meist über Selbstbehalte und ständige Streichung von Leistungen, wie jeder tagtäglich, wenn er etwas vom Arzt braucht, bemerken kann. Tatsächlich hatten die Krankenkassen per 31. Dezember 2006 ein Defizit von fast 61 Millionen Euro. Doch zum gleichen Stichtag waren die Unternehmen in Österreich mit rund 934 Millionen Euro bei den Kassen im Rückstand! 134 Millionen Euro davon gelten als uneinbringlich, d.h. damit haben sich die diversen Firmenchefs auf Kosten der Kranken und der Steuerzahler schon aus dem Staub gemacht. Mit den verbleibenden 800 Millionen Euro, die die Unternehmer den Menschen ungesetzlich vorenthalten, behalten sie doch die Beiträge der arbeitenden Menschen ein und arbeiten damit, statt sie an die Kassen sofort abzuliefern, schrieben die Kassen über Jahre hinaus kein Defizit und die Debatte um Spitalschließungen, Personalabbau im Gesundheitsbereich und Einschränkung von Leistungen für die Kranken hätten keine Nahrung.

Ähnliches spielt sich dzt. wieder bei den Unfallspitälern der AUVA ab. Weil in den vergangenen Jahren die AUVA für Kassen, Spitäler, Lehrlinge und Ältere Gelder freimachen musste und 100 Millionen Euro so abgezweigt wurden, wird jetzt wieder die Privatisierung der Unfallkrankenhäuser verlangt. „Das Finanzdilemma in AUVA und SV ist durch gezielte politische Maßnahmen in den letzten Jahren bewusst (!) herbeigeführt worden“, weiß auch AUVA-ZBRV Wolfgang Gratzer.

So profitieren die Zerstörer des sozialen Gesundheitssystems doppelt: sie behalten Beträge, die den arbeitenden Menschen und den Kassen gehören zurück, erzeugen so eine „Defizit“-Debatte, die dazu beitragen soll, dass eine Privatisierung des Gesundheitssystems angeblich besser funktionieren soll. Wahrscheinlich – für die Profite der diversen privaten Versicherungen, Spitalsanbieter, Privatärzte, „Gesundheitsökonom“ usw.

proSV - Plattform
Keine Zerschlagung der Sozialversicherung



Homepage:
<http://prosv.akis.at>

E-Mail:
prosv@akis.at

Wer ist das Österreichische Solidaritätskomitee?

1981 haben 10.000 Menschen aus der ganzen Region Judenburg in der Steiermark für die Erhaltung des Stahlstandortes demonstriert und so ihren Willen durchgesetzt. Zur Unterstützung der kämpfenden Arbeiter hat sich damals das "Österreichische Solidaritätskomitee" gegründet, weil der Widerstand gegen die Zusperrer und Sanierer im Interesse aller arbeitenden Menschen liegt und die Betroffenen nicht alleingelassen werden dürfen.

Wir sind ein Forum von Kolleginnen und Kollegen, die wieder mehr sozialistische Grundsätze und Denkweise in ihrer gewerkschaftlichen Arbeit für die Rechte der arbeitenden Menschen als ihre Richtschnur sehen. Das "Österreichische Solidaritätskomitee" erhält sich ausschließlich von Mitgliedsbeiträgen und von den Spenden seiner Aktivisten, Abonnenten und Unterstützer.

Ich möchte die Zeitschrift "Solidarität – unsere Chance" beziehen:

- Ich will eine Probenummer testen.
- Ich will ein Abo (4 – 5 Ausgaben pro Jahr) zum Preis von € 6,- (Solidaritätspreis € 12,-)
- Ich bin an weiterem Infomaterial interessiert.
- Ich bin an Treffen interessiert.

Name: _____

Adresse: _____

Telefon: _____

e-mail: _____

92/07

Einsenden an:
Österreichisches Solidaritätskomitee
Stiftgasse 8, 1070 Wien
oesolkom@gmx.at

Impressum:

Medieninhaber, Herausgeber, Druck und Redaktion:
Österreichisches Solidaritätskomitee – Verein zur Unterstützung der arbeitenden Menschen
Stiftgasse 8, 1070 Wien, ZVR 188951949

Erscheinungsort Wien, P.b.b.
Verlagspostamt 1070 Wien,
"Sponsoring Post" GZ 02Z030772 S

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Durch einen technischen Fehler, gab es auf unserem letzten Erlagschein keine Kontonummer. Wir ersuchen dieses Versehen zu entschuldigen.

Post wird wieder teurer - SPENDENAUFRAF!

Damit die Post noch mehr Gewinne schreiben kann, baute und baut sie Personal ab (1.500 Briefträger), erhöht den Arbeitsdruck auf die Beschäftigten, schießt Postämter und erhöht die Gebühren für die Kleinen – so auch für den Postzeitungsversand von Vereinen usw. So ab 1. Jänner 2008 auch für die sog. „Sponsoring-Post“. Zusätzlich werden die Retoursendungen unserer Aussendungen je Info-Blatt, das als unzustellbar gilt, kostenpflichtig, müssen wir also doppelt bezahlen.

Daher unsere Bitte: Teilen Sie uns rechtzeitig Adressänderungen, Änderungen von Straßennamen, Hausnummern, Postleitzahlen mit, oder wenn am Adresskleber ein Fehler vorhanden ist, oder Sie unsere Zusendungen nicht mehr erhalten wollen.

Da die Post immer teurer wird, wollen wir mehr Infos per E-Mail und Internet abwickeln – dazu benötigen wir Ihre E-Mail-Adresse. Wer daran Interesse hat, gibt uns diese bekannt unter:

oesolkom@gmx.at

Mit kollegialen Grüßen

„Österreichisches Slidaritätskomitee“

LESERBRIEF: Sandkistenspiele?

Da sitzt einer in der Sandkiste, eigentlich will keiner mit ihm spielen. Da setzt er nun eine zweisprachige Ortstafel nach der anderen in den "Sand". Plötzlich kommt ein alter Eurofighter - er denkt sich: hoffentlich fällt er mir nicht auf den Kopf, sonst werde ich vielleicht ein Pflegefall und mit 5000 € Bargeld kann ich meinem Enkel bei der Studiengebühr nicht mehr unter die Arme greifen - ja , ja sollte so wie so erst in die Gesamtschule gehen ... und dann ist er wieder umgefallen.

Freundschaft

F. B., Wien

P.S.K.

00079348267
W. Leisch

60000

P.S.K.

00079348267
W. Leisch

60000

EUR

ÖSTERREICHISCHES

SOLIDARITÄTSKOMITEE

SPENDE

AB0

004

00079348267+ 000600000>

004

40+